



Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Dampfschiffstraße 2
A-1031 Wien
Postfach 240

Tel. +43 (1) 711 71 - 0
Fax +43 (1) 712 94 25
office@rechnungshof.gv.at

Wien, 12. März 2012
GZ 301.380/002-2B1/12

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schiedsverfahren
in der Zivilprozessordnung und das Gerichtsgebührengesetz
geändert werden (Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2012 -
SchiedsRÄG 2012)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für den mit Schreiben vom 30. Jänner 2012,
GZ BMJ-Z11.008/0002-I 8/2012, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Schiedsverfahren in der Zivilprozessordnung und das Gerichtsgebührengesetz
geändert werden (Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2012 - SchiedsRÄG 2012) und nimmt
im Rahmen des Begutachtungsverfahrens aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungs-
kontrolle zur Darstellung der finanziellen Auswirkungen wie folgt Stellung:

Gemäß den Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen führt die Verkürzung auf
eine Instanz zu einem Entfall von Gebühreneinnahmen. Es sei jedoch wegen der künftig
zu erwartenden höheren Zahl von Schiedsverfahren und daran anschließenden
Gerichtsverfahren in weiterer Folge sogar mit Gebührenmehreinnahmen zu rechnen.
Aufgrund der nicht vorhersehbaren Zahl von Klagen und der ebenso ungewissen Höhe
der Streitwerte könnten der Einnahmenentfall bzw. die Erhöhungen im Voraus nicht
quantifiziert werden.

In den Erläuterungen zu Art. 2 (Änderungen des Gerichtsgebührengesetzes) wird des
Weiteren ausgeführt, dass infolge „im Durchschnitt der letzten vier Jahre mit nicht viel
mehr als 100.000 Euro im Jahr an Gebührenaussfall zu rechnen“ wäre.

Der Rechnungshof vermisst in dieser Kostendarstellung konkrete zahlenmäßige Angaben
zu den Mindereinnahmen an Gerichtsgebühren sowie eine nachvollziehbare Herleitung
der genannten Beträge. Er verweist daher auf die Richtlinie für die Ermittlung und
Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen gemäß
§ 14 Abs. 5 BHG, nach deren TZ 1.4.1 die Ausgangsgrößen, Annahmen, Zwischen-



GZ 301.380/002-2B1/12

Seite 2 / 2

ergebnisse, Bewertungen usw. so klar darzustellen sind, dass der Kalkulationsprozess bis hin zum Ergebnis vollständig transparent und nachvollziehbar wird.

Die finanziellen Auswirkungen wären anhand eines Mengengerüstes ausgehend von den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre (Anzahl und Streitwerte der Aufhebungsverfahren) betragsmäßig abzuschätzen gewesen.

Die Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen entsprechen daher insofern nicht den Anforderungen des § 14 BHG und den hiezu ergangenen Richtlinien des Bundesministers für Finanzen, BGBl. II Nr. 50/1999 i.d.g.F.

Von dieser Stellungnahme wird jeweils eine Ausfertigung dem Präsidium des Nationalrates und dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: